



Newsletter No. 123

März 2022

Nachrichten und Meinungen

Unsere Kandidat*innen für die Landtagswahl sind aufgestellt

In getrennten Kreiswahlkonferenzen wurden am 5.3. unsere beiden Kandidat*innen für die Landtagswahl im Oktober nominiert. Für den Wahlkreis Buxtehude wurde, wie zu erwarten, Matthias Mittlmejer mit großer Mehrheit gewählt. Im Wahlkreis Stade setzte sich Corinna Lange aus Fredenbeck gegen Piotr Brunckhorst-Sak aus Oldendorf-Himmelpforten durch.



Corinna Lange, Matthias Mittlmejer

Konsequenzen für Deutschland und Europa haben: Die steigenden Preise für Gas und Benzin seien eine Folge. Die Bundesregierung werde aber alles unternehmen, die Energiezufuhr abzusichern. Das LNG-Terminal in Stade werde auch weiterhin von der Landesregierung unterstützt, wie es Olaf Lies ihr kürzlich mitgeteilt habe. An Gerhard Schröder appellierte sie, dass er alle seine Ämter in den russischen Staatskonzernen aufgeben solle. Was er mache, sei unanständig, er unterstütze den Kampf eines Autokraten gegen die Demokratie und die Freiheit eines europäischen Volkes.

Vor den Wahlen bekam Matthias Gelegenheit, seine Schwerpunkte in seiner künftigen Tätigkeit als Landtagsabgeordneter zu erläutern. Die Corona-Pandemie habe gezeigt, dass unser Gesundheitswesen deutliche Mängel aufweise. Hier seien erhebliche Anstrengungen zur Verbesserung erforderlich. Auch bei der Bildung gebe es erheblichen Bedarf: Kinder und Jugendliche seien durch die Corona-Pandemie massiv betroffen worden und hätten nicht unbeträchtliche Verluste bei ihrer sozialen Entwicklung und Bildung hinnehmen müssen. Es müsse alles getan werden, damit sie die Rückstände aufholen könnten und es bei einer ähnlichen Entwicklung nicht wieder zu solchen Rückständen komme. Um eine Spaltung der Gesellschaft zu verhindern, sei eine starke Zivilgesellschaft nötig. Deshalb müsse das Ehrenamt deutlich gefördert werden. Zu dem Krieg in der Ukraine sagte Matthias, dass wir Zeuge eines Angriffskrieges in Europa seien. Die Bilder würden fassungslos machen. Er forderte, dass alle vor dem Krieg aus der Ukraine Fliehen-

Die Veranstaltung stand völlig unter dem Eindruck der Ereignisse in der Ukraine. In seiner Begrüßungsrede betonte Kai Koeser, wie großartig es sei, wie die Welt gegenüber dem Aggressor Putin auftrete. Auch die Menschen im Landkreis Stade würden ihre Solidarität mit den Menschen in der Ukraine zeigen. Die Gesellschaft sei nicht gespalten und die Demokratie in Deutschland sei stark und wehrhaft. Sie beruhe auf einer starken Zivilgesellschaft.

Der ukrainische Arzt Dr. Sergej Popovich erhielt Gelegenheit, aus der Ukraine zu berichten. Das ukrainische Volk werde für seine Freiheit kämpfen. Putin könne nur gewinnen, wenn er die Menschen zerstören werde. Er schloss mit den Worten: „Bitte helft uns! Der Luftraum über der Ukraine muss für russische Flugzeuge geschlossen werden. Seid nicht still, denn Stille tötet.“

Petra Tiemann sprach von Wut und Zorn, die die Bilder bei ihr auslösen würden. Die Bundesregierung werde alles tun, was möglich sei, ohne in den Krieg hineingezogen zu werden. Dies seien u.a. Waffenlieferungen an die Ukraine und Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Diese Sanktionen würden auch



Dr. Sergej Popovich

den aufgenommen werden müssten, auch wenn sie eine lange Zeit bei uns leben müssten. Zuletzt dankte er noch Olaf Scholz, er habe den richtigen moralischen Kompass in dieser Zeit. Matthias forderte alle Genoss*innen auf, ihn tatkräftig im Wahlkampf zu unterstützen, damit wir den Wahlkreis Buxtehude gewinnen können. (UL)

Solidarität mit der Ukraine

Wir stehen am Ende einer über 70jährigen Periode des Friedens in Europa. Der 24. Februar mit dem Überfall der russischen Armee auf die Ukraine kann der Auftakt für eine europäische Katastrophe mit weltweiten Auswirkungen sein.



Solidaritätskundgebung in Buxtehude am 26.2.

Mit dem Überfall auf die Ukraine hat das Russland Putins eine Reihe von Verträgen gebrochen und sich außerhalb der Völkergemeinschaft gestellt. Dieses Verhalten ist ein Verbrechen und ist vergleichbar mit dem Überfall von Nazi-Deutschland auf Polen am 1.9.1939. Putin unternimmt das militärische Abenteuer nicht aus Stärke, sondern aus Furcht. Putin fürchtet die Demokratie in der Ukraine. Er hat Angst, dass auch das russische Volk nach Demokratie und Freiheit verlangen und ihn und seine kleptokratische Bande auf den Müllhaufen der Geschichte werfen könnte.

Der Überfall auf die Ukraine ist ein Angriff auf die Demokratie, auf unsere Freiheit. Wir müssen darüber im Klaren sein: Nichts garantiert uns, dass Putin militärisch nicht weiter über die Ukraine ausgreift.

Viele unschuldige Menschen werden in der Ukraine leiden oder zu Tode kommen. Viele werden möglicherweise ihre Heimat verlieren.

Wir, die freien Europäer, sind nicht in der Lage, die tapferen Menschen in der Ukraine wirksam zu unterstützen, wenn wir nicht einen Dritten Weltkrieg riskieren wollen. Wir können ihnen aber helfen durch Waffenlieferungen und durch harte Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Darüber hinaus müssen wir wieder beweisen, dass uns Demokratie und Freiheit etwas Wert sind und wir sie verteidigen wollen, auch wenn dies von uns Opfer verlangt. Es muss für uns gelten:

1. Die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands muss erheblich verbessert werden. Die Bundeswehr muss so weit ausgestattet werden, dass sie wieder die Aufgabe der Landesverteidigung zuverlässig übernehmen kann. Nur dann kann Abschreckung wirksam den Frieden sichern. Olaf Scholz hat in seiner Regierungserklärung dazu den Weg gewiesen.
2. Wir müssen unsere Energieversorgung sichern. Der beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien ist der Weg, von der Versorgung mit fossilen Energien aus Russland unabhängig werden. Die jetzige Krise zeigt diese Notwendigkeit.
3. Der Ukraine muss so viel Hilfe gegeben werden, wie dies möglich ist. Wir werden viele Menschen aus dem Land bei uns aufnehmen müssen, keiner darf zurückgewiesen werden. Unsere Hilfe wird vor allem nach dem Ende der Kämpfe für den Wiederaufbau des Landes gebraucht.
4. Auf Dauer werden wir wieder ein stabiles Verhältnis zu Russland brauchen, wenn der Frieden in Europa sicher sein soll. Die Diplomatie wird weiter gefordert sein. (UL)